

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentell:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklametell:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand**  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 4

Donnerstag, den 7. Januar 1932

Jahrgang 104

## Die Vorbereitungen für die Tributkonferenz

Die Reichsregierung besteht auf endgültiger Tributregelung — England gibt dem französischen Wunsch nach einer Zwischenlösung nach

— Berlin, 7. Jan. Gegenüber den sich häufenden Meldungen aus dem Ausland, wonach man im Hinblick auf die bevorstehende Regierungskonferenz in Lausanne eine Art kurzfristige oder längerfristige Verlängerung des bestehenden Zustandes anstrebe, verlautet an zuständiger Berliner Stelle, daß die Reichsregierung nach wie vor eine endgültige Lösung erwarte. Der Nachdruck, mit dem von deutscher Seite eine solche Endlösung immer wieder gefordert wird, dürfte dem Ernst der Lage entsprechen, der anscheinend bei den Regierungen der Gläubigerländer noch immer nicht genügend erkannt wird, der aber jeder deutschen Regierung das Gefühl des Handelns vorschreibt.

Die deutschen Votschafter von Hösch, von Neurath und von Schubert werden heute in Berlin erwartet. Sie werden hier Besprechungen mit dem Reichskanzler und den für die Tributfrage zuständigen Ressortministern haben, um sich eingehend über die Absichten der Reichsregierung bezüglich der Tributkonferenz zu unterrichten. Es handelt sich also um die übliche Unterweisung der Votschafter, die vor allen größeren internationalen Konferenzen zu erfolgen pflegt.

Der Tributauschuss des Reichskabinetts wird voraussichtlich heute zum erstenmal zusammentreten, um sich mit der kommenden Konferenz zu beschäftigen. Der endgültige Zeitpunkt für den Beginn dieser Beratung hängt davon ab, wann Vizekanzler Dietrich wieder in Berlin ist.

### England für eine Zwischenlösung der Tributfrage

Der deutsche Votschafter Freiherr von Neurath stattete am Mittwoch dem britischen Außenminister einen Besuch ab, wobei er auf die Notwendigkeit einer baldigen zufriedenstellenden Dauerlösung der Tributfrage im Interesse der Erhaltung der Kreditwürdigkeit und Wiederbelebung des Wirtschaftslebens in Deutschland hinwies. Der englische Außenminister erkannte voll an, daß auch die englische Regierung eine dauernde Lösung an sich für die wünschenswerteste hielt, wies aber auf die veränderten Umstände hin, die eine derartige Lösung nicht möglich machten. Er unterrichtete den Votschafter über den Standpunkt der britischen Regierung in Sachen der bevorstehenden Regelung.

Der englische Kabinettsauschuss, der sich mit der Tributkonferenz zu befassen hat, erörterte gestern nachmittag die

mit der Lausanner Konferenz zusammenhängenden Fragen. Leitig Noß wird morgen erneut in Paris eintreffen, um die Besprechungen mit den Vertretern des französischen Finanzministeriums wieder aufzunehmen.

„Evening News“ erzählt zu der Sitzung des Kabinettsauschusses, daß der englische Außenminister über ein gewisses Maß von Übereinstimmung zwischen Frankreich und England über die auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik berichtet konnte. Diese Politik werde Deutschland die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Wiederholung verbürgen. Wenn man diese Auffassung nicht in Betracht zieht, so bestehe keine hinreichende Hoffnung für einen Fortschritt zu annehmbaren Bedingungen in Europa.

### Die Haltung Frankreichs

Der deutsche Votschafter von Hoeß hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten und mit Finanzminister Flandin. Die Aussprache galt einem Meinungsaustausch über die bevorstehenden internationalen Konferenzen.

Die Berliner Blätter geben eine Havasmeldung wieder, wonach Laval und Flandin Herrn von Hoeß in der letzten Unterredung erklärt haben, daß die französische Regierung grundsätzlich geneigt sei, Deutschland ein Moratorium — jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus — zu gewähren. Jedoch knüpfte Frankreich hieran die Bedingung, daß die ungeschuldeten Youngzahlungen von Deutschland während dieser Zeit weiter bezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoovermoratorium, die Möglichkeit hätte, über diese Summen zu verfügen, und zwar in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn.

### Lausanner Konferenz am 25. Januar

Nachdem der schweizerische Bundespräsident Motta bereits dem englischen Botschafter und dem französischen Votschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtbundesrat in seiner Dienstagssitzung diese Zulage bekräftigt. Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Motta wird als Vertreter der Schweiz, Landesregierung und damit des Gastlandes der Eröffnungssitzung beiwohnen.

## Reichsfinanzminister Dietrich in Stuttgart

Eine Rede über die politischen Gegenwartsentscheidungen

Stuttgart, 7. Jan. Auf der Dreikönigs-Tagung der schwäbischen Demokraten hielt der Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede, in der er u. a. ausführte: Das Jahr 1932 wird ein Jahr der schwersten Entscheidungen werden. Außenpolitisch geht der Kampf um die Regelung der deutschen Privatschulden und um die Reparationen, innenpolitisch wird das heutige System darum zu kämpfen haben, sich gegen die ankündenden neuen Gewalten zu verteidigen. Soeben hat der beratende Sonderausschuss bei der W.B. aus dem Gang der Dinge Schlussfolgerungen gezogen, die dahin gehen, daß von einer Zahlung der geschuldeten Annuität durch Deutschland auch im nächsten Jahr keine Rede sein kann, und daß alle Voraussetzungen des Youngplans entfallen sind. Der Ausschuss hat ausgesprochen, daß die Krise, wenn nicht bald etwas geschieht, das gesamte Europa auffressen und durch die Transferrierungen von einem Lande zum anderen das augenblickliche Chaos nur verschärft werde. Ganz besonders wichtig ist ferner, daß im zweiten Kapitel des Verdictes gesagt ist, daß eine gewisse Stabilität nur dann wieder erreicht werden kann, wenn die obigen Schlussfolgerungen berücksichtigt werden. In einer, wenn auch verklausulierten Form ist hier ausgesprochen, daß ohne eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems eine Genesung nicht eintreten wird.

Es steht also nach Meinung aller Sachverständigen fest, daß die heutige Krise mit in erster Linie auf die Zahlungen Deutschlands aus dem verlorenen Kriege und die Verrechnung der Kriegsschulden unter den Alliierten zurückzuführen ist. Es steht weiter fest, daß in Verfolg dieser Zahlungen eine Goldverteilung in der Welt stattgefunden hat, die förmlich dazu anreizt, darüber nachzudenken, ob das Gold überhaupt noch irgendeine Bedeutung im bisherigen Sinne des Wortes, d. h. als Deckung der im Umlauf befindlichen Noten beanspruchen kann.

Ich bin aber nicht vermessend genug, zu behaupten, daß die Reparationszahlungen und Schuldenverrechnungen allein die Schuld an der Weltkrise tragen. Vielmehr sind daran ebenso sehr schuld die unmöglichen Friedensverträge,

die den Kriegszustand in latenter Form fortgesetzt haben und die wirtschaftlichen Fehlgänge der vergangenen Jahre, in denen eine Ueber Spekulation in Wertpapieren und in Waren stattgefunden hat, die schließlich unter Beförderung einer ungeheuren Menge von Kapital zusammenbrach und damit einen großen Teil der Betriebsmittel der Weltwirtschaft vernichtete.

Dietrich ging dann auf die innerpolitischen Fragen über. Hinter uns liegt, so führte er aus, das Jahr der Notverordnungen. So wichtig der Inhalt der Notverordnungen ist, entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes wird der Ausgang des Kampfes sein, der sich in wenigen Monaten bei der Wahl des Reichspräsidenten entspinnen wird. Hier wird sich zeigen, ob das deutsche Volk gesonnen ist, einzusehen, daß man nur mit Einsicht, Beharrlichkeit und rückichtsloser Anspannung aller Kräfte die Not meistern kann, aber nicht dadurch, daß man irgend einem Phantom nachläßt, das dem deutschen Volke Wunder verspricht. Hier ist die Schicksalswende Deutschlands. Die Frage, ob die besonnenen Elemente, die die Schwere der Zeit erkennen, oder die Desperados, die alles Heil von einem Zusammenbruch erwarten, sich durchsetzen, wird über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes entscheiden.

Das Ueberlaufen eines großen Teils des Bürgertums zum Nationalsozialismus ist ein Zeichen der schlimmsten geistigen Verwirrung. Mit dem Geschrei, es muß anders werden, ist nichts anzufangen. Das Bürgertum muß sich endlich die Frage vorlegen: Wie stehen die Nationalsozialisten zum Privateigentum und wie soll das Dritte Reich aussehen, das sie zu gründen erklärt haben? Der Zustand ist doch heute so, daß nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten das heutige Wirtschaftssystem bekämpfen, sondern auch die Nationalsozialisten.

Zum Schluß führte der Minister aus, daß die Außenpolitik nur mit Erfolg betrieben werden kann, wenn der Kampf im Innern gedämpft wird. Dabei wird entscheidend sein, ob das Bürgertum neben den staatsbeherrschenden Parteien des Zentrums und der Sozialdemokratie gesonnen ist, sich zusammenzuschließen, um eine politische Rolle zu spielen.

## Tages-Spiegel

Die Reichsregierung besteht nach wie vor auf einer endgültigen Vereinigung der Tributfrage. Die deutschen Votschafter in London, Paris und Rom sind zur Teilnahme an den Vorbereitungsberatungen für die Lausanner Konferenz nach Berlin berufen worden.

Das englische Kabinett hat dem Wünsche Frankreichs, in der Tributfrage lediglich eine Zwischenlösung herbeizuführen, nachgegeben.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte gestern mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, der zu einem kurzen Besuch in Berlin eintraf, eine längere Aussprache.

Die neuen, ermäßigten Reichspostgebühren treten, wie nunmehr feststeht, ab 15. Januar in Kraft.

In Anhalt hat die Nationale Opposition gemeinsam mit Volkspartei und Kommunisten die Regierung gestürzt. Die Regierungsbildung dürfte auf Schwierigkeiten stoßen, da die Rechte eine bürgerliche Regierung wegen der Stärke der Kommunisten nicht bilden kann.

Das Defizit der Landesversicherungsanstalt Württemberg für 1932 beträgt 13 Millionen Mark.

Wenn dies Bürgertum allerdings den Glauben an sich selbst aufgibt und Parteien nachläßt, die seine Vernichtung auf ihre Fahne geschrieben haben, dann kann man ihm für die Zukunft nur eine gefährliche Prognose stellen. Die Reichsregierung kann und wird ihre Pläne durchsetzen und das Volk wird durch die Schwierigkeiten der Zeit hindurchkommen, wenn es entschlossen ist, an seinem Teil den Kampf um seine Zukunft aufzunehmen.

### Der Stand der Stillhalterverhandlungen

Ueber die Stillhalterverhandlungen wird in Berlin nach wie vor strengstes Stillschweigen bewahrt. Immerhin kann so viel gesagt werden, daß zur Zeit ein greifbarer Vorschlag, das Stillhalteabkommen auf 1 Jahr zu verlängern, im Vordergrund steht. Daneben werden aber auch noch andere Pläne erörtert. Auch werden die Bestimmungen, unter denen eine Verlängerung auf 1 Jahr vor sich gehen soll, behandelt, wobei im Vordergrund die Frage steht, ob und wie weit in diesem Rahmen Rückzahlungen möglich sind und ob eine Ermäßigung der Zinsfüße bewilligt werden kann. Von einer Krise der Stillhalterverhandlungen kann keine Rede sein. Im Gegenteil bedeutet der augenblickliche Stand der Dinge gegenüber den Verhandlungen vor Weihnachten, in denen man sich in Einzelheiten verloren hatte, einen wesentlichen Fortschritt.

### Amerikas Pariser Botschafter in Berlin

Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, ist am Dienstag vormittag in Berlin eingetroffen. Der Besuch wird amtlich als reine Privatangelegenheit bezeichnet, doch ist anzunehmen, daß der Botschafter die Gelegenheit seines Aufenthaltes in Berlin wahrnehmen wird, um auch mit deutschen Amtsstellen Fühlung zu nehmen. Denn es wäre sonst kaum erklärlich, aus welchem Grund Botschafter Edge angesichts der schwebenden englisch-französischen Verhandlungen Paris verläßt.

Reichskanzler Brüning hat am Mittwochnachmittag mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, zusammen gekniffelt. Er wird ihm bei dieser Gelegenheit noch einmal mit allem Nachdruck erklärt haben, daß Deutschland mit der festen Absicht nach Lausanne geht, eine endgültige Lösung des ganzen Reparationsproblems zu erreichen.

### Die Zollmauern wachsen

Neue italienische Einfuhrzölle

Rom, 7. Jan. Im Gesetzbuch wird eine Verfügung veröffentlicht, der zufolge ab 1. Januar 1932 alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Ausland stammen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt 1 Lira je Tonne für Phosphate, Nitrate (ausgenommen Sodaintrate) und Maurermaterial. Für alle anderen Waren beträgt der Zoll 2 Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut.

Da die deutsche Phosphatausfuhr vielfach auf dem Wasserwege geschieht, ebenso wie die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Sizilien wird auch Deutschland erheblich von diesen Sonderzöllen betroffen.

# Der Youngplan völlig unbrauchbar geworden

Aus dem Basler Layton-Bericht

Der Berichtsentwurf Sir Walter Laytons, der von dem Basler Sonderausschuß nicht veröffentlicht wurde, betont, wie „Daily Herald“ erfährt, der Young-Plan sei völlig unbrauchbar geworden und könne nicht durchgeführt werden. Die Verlängerung des Moratoriums genüge nicht, sondern es sei eine vollständige Außerkräftigung und radikale Aenderung des Young-Planes notwendig. Die Wiederaufnahme der Youngplanzahlungen sei in absehbarer Zeit gänzlich unmöglich. Deutschland könne nicht einmal die geschuldeten Zahlungen zusammenbringen und von einem Transfer könne keine Rede sein. Der Layton-Bericht fordert ferner eine dauernde Regelung, so daß die freie Kapitalverwendung wieder einsehen und die Frage einer internationalen Währungsreform bearbeitet werden kann.

Das Blatt Laytons, der „Economist“, beschäftigt sich eingehend mit den Nachteilen eines Zahlungsausschusses für die wirtschaftliche, politische und währungspolitische Lage in der Welt. Es schreibt, die Reparationen dürften auf keinen Fall mehr als eine allein stehende Frage behandelt werden, sondern seien, wie der Basler Bericht zeige, ein Teil einer viel größeren Frage. Die endgültige Regelung sei zum Wiederaufbau der Wirtschaft unerlässlich. Damit sei nicht gesagt, daß die Reparationszahlungen niemals wieder aufgenommen werden könnten. Vielmehr werde nach entsprechender Erholung Deutschland wieder in geringerem Umfange zahlen können. Jedoch müsse sichergestellt werden, daß die Zahlungen sich stets von selbst den Veränderungen im Wirtschaftsleben Deutschlands anpassen.

## Der französisch-russische Nichtangriffspakt in Kraft

12. Paris, 6. Jan. Der außenpolitische Berichterstatter des Echo de Paris, Perlinax, der vor kurzem Enthüllungen über den Stand der russisch-französischen Verhandlungen brachte, erklärt nun, daß zwischen Berthelot und dem russischen Votschafter in Paris, Domgalewski, in den Beratungen einer Verständigungs- und Ausgleichskommission der französisch-russische Nichtangriffspakt zustande gekommen sei. Nach dem bereits im August paraphierten französisch-russischen Abkommen trete der Nichtangriffspakt mit dem Augenblick in Kraft, in dem die Tätigkeit dieser Verständigungs- und Ausgleichskommission festgelegt sei. Als Vorbild habe man das deutsch-russische Abkommen vom 25. Januar 1929 genommen. Die Kommission werde abwechselnd in Paris und Moskau tagen und zum erstenmal zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Paktes in Moskau.

In Kiga sind die Verhandlungen über den Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen der Sowjetunion, Lettland und Rumänien aufgenommen worden.

## Englands Programm für die Abrüstungskonferenz

11. London, 6. Jan. Das englische Programm für die Abrüstungskonferenz enthält u. a. die Forderung auf Herabsetzung der U-Bootgröße auf 25 000 Tonnen, Begrenzung der Kreuzergröße auf 8000 Tonnen und Abschaffung der U-Boote. Man erwartet in London, daß Deutschland den Antrag auf Abänderung der Paragraphen des Versailler Vertrages stellen wird, die ihm den Bau von U-Booten verbieten, und zwar unter Hinweis darauf, daß die Nachkriegsentwicklungen bei allen Seemächten die Lage gegenüber den in Versailles gemachten Versprechungen der Alliierten auf völlige Abschaffung der U-Boote grundlegend verändert haben.

## Kleine politische Nachrichten

**Aufhebung des Alkoholverbots in Finnland.** In Finnland haben 515 000 für die Aufhebung, 217 000 für die Beibehaltung des Alkoholverbots und 10 000 für den Kompromißvorschlag gestimmt. Insgesamt haben sich also 70 Prozent aller abgegebenen Stimmen gegen das Alkoholverbot ausgesprochen. Die Aufhebung des Alkoholverbots in Finnland hat auch für die deutsche Wein- und Spirituskonsumtion erhebliche Bedeutung.

**Neue Unruhen in Syrien.** In verschiedenen Teilen Syriens ist es zu neuen Unruhen gekommen. In der Nähe von Damaskus haben französische Soldaten zwei Handgranaten in eine Menschenansammlung geworfen, wodurch 3 Personen getötet und 10 teils schwer, teils leicht verletzt wurden. In der Stadt wird die Ordnung nur durch französische Tanks aufrechterhalten.

**Englische Erklärung zur Lage in Indien.** In einer amtlichen Erklärung wird mitgeteilt, daß die englische Regierung, obgleich sie die schärfsten Maßnahmen gegen jedes ungesetzliche Vorgehen in Indien ergreifen müsse, keineswegs von den Richtlinien der die englisch-indische Konferenz abschließenden Regierungserklärung abzuweichen gedenke. In Indien solle ein beratender Ausschuss gebildet werden, dem auch Gandhi angehören werde. Die englische Regierung beabsichtige nach wie vor eine möglichst weitgehende Vereinbarung über die indischen Verfassungsfragen zu erzielen.

**China verlangt neue Mandchurei-Verhandlungen im Völkerbund.** Die chinesische Regierung hat nach französischen Mitteilungen an den Präsidenten des Völkerbundsrats Briand das Ersuchen gerichtet, im Hinblick auf die letzten militärischen Ereignisse in der Mandchurei den Völkerbundsrat unverzüglich zu einer neuen außerordentlichen Tagung einzuberufen.

**Weitere schiffsfeindliche Anschläge in Amerika.** Aus zahlreichen amerikanischen Städten werden weitere Anschläge gegen Italiener und italienische Konsulate gemeldet. In Trinidad (Colorado) wurden die Häuser eines italienischen Händlers durch mehrere Bomben zerstört. Auch in Cincinnati (Ohio) explodierte im Hause eines italienischen Kaufmanns eine Bombe, die das Haus in Trümmer legte. Der Polizei ist es gelungen, Bombenpakete unschädlich zu machen, die an

den italienischen Konsul in Chicago sowie an die Konsulate in Youngstown (Ohio) und Cleveland (Ohio) adressiert waren.

## Politische Kurzmeldungen

Die dem Reichkanzler nahestehende Berliner Zentrums-pressen mitzuteilen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung im Interesse der Sicherung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden mit der vierten Notverordnung vom 8. Dezember noch nicht erschöpft seien. Selbst wenn im Laufe des Jahres eine fühlbare wirtschaftliche Besserung eintrete, werde der Fiskus im neuen Jahr vor sehr schwierige Aufgaben gestellt werden, da er die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von Tag zu Tag stärker zu fühlen bekomme. Weitere Maßnahmen zur Einschränkung und Verbilligung würden daher im Reich und in den Ländern unausbleiblich sein. — Das Deutsche Reich verfügt heute nur über 100 000 Soldaten, aber 110 000 Berichtsvollzieher sind täglich und stündlich auf den Beinen, um zu versuchen, dort noch Geld einzutreiben, wo schon längst nichts mehr ist. Nichts kennzeichnet vielleicht die Lage Deutschlands besser als diese beiden Zahlen. — Wie man hört, wird die Reichsregierung in Genf einen erweiterten Abrüstungsvorschlag überreichen lassen. Die Reichsregierung dürfte diesmal darauf bestehen, daß die Abrüstungsbestimmungen, wie sie im Versailler Vertrag festgelegt sind, von allen Unterzeichnern des Vertrags erfüllt werden. — Wie man im Ausland die Abrüstungskonferenz vorbereitet, beweist das Beispiel Belgiens, welches soeben einer englischen Flugzeugfirma einen Auftrag zur Lieferung von Militärflugzeugen über 300 000 Pfund erteilt hat; Amerika plant neuerdings den Bau von kleinen Panzerkreuzern, welche die stärksten Kampfschiffe der Welt werden sollen. — Die Depêche de Toulouse, eines der bedeutendsten französischen Provinzialblätter mit radikalsozialistischer Färbung fordert in einem Leitartikel die französische Regierung auf, die deutschen Tributzahlungen endgültig abzuschaffen. Frankreich werde damit die Zukunftsaussichten Hitlers für die kommenden Wahlen vernichten. — Dabier tritt in der „Republique“ ebenfalls für den Verzicht Frankreichs auf die Reparationen ein. — In Epila in der Provinz Saragossa (Spanien) versuchten mehrere hundert Arbeiter, gewaltsam eine Zuckerrabrik stillzulegen. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Schüssen empfangen. Sie erwiderte das Feuer und tötete 2 Arbeiter. — Die Kongressführer in Bombay haben anlässlich der Verhaftung Gandhi einen Trauertag erklärt, der in ganz Indien bis nach Burma von den Nationalisten mit Ausnahme der Mohammedaner streng befolgt wird. Bei Kundgebungen in Allahabad wurden drei Personen von der Polizei getötet. — In Madras mißhandelten japanische Soldaten den amerikanischen Vizekonsul von Charbin. Auf eine Washingtoner Protestnote hin hat sich das japanische Oberkommando entschuldigt. — Der ehem. chinesische Diktator Tschiangkaiſchek hat die Forderung der chinesischen Generäle, sich an die Spitze der chinesischen Regierung zu stellen, mit der Begründung abgelehnt, daß er die Einigkeit zwischen Kanting und Kanton nicht zerstören wolle. — Präsident Hoover hat dem Kongress eine Sonderbotschaft übermittelt, in der er schnelle Erledigung der Wirtschaftsvorlagen zur inneren Befundung Amerikas fordert. — Infolge revolutionärer Umtriebe in Guatemala hat die Regierung von Honduras den Belagerungszustand erklärt.

## Hochwassermeldungen aus dem Reich

Der Dambruch der Kinzig bei Kehl hat eine Hochwasserkatastrophe gebracht, durch die das Gebiet östlich Rheils bis nach Auenheim bedroht ist. Durch die entstandene Lücke des Damms ergossen sich ungeheure Wassermassen in das neue Flußbett, das diese nicht mehr fassen konnte und rasch überflutete. In hohen Wellen wälzten sich die Wasser in das Vorgebiet des ehemaligen Exerzierplatzes nach Auenheim zu. Bald stand das ganze Neudorf einen halben Meter hoch unter Wasser. Die Ställe mußten schleunigst geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Auch das Oberdorf kam in die Gefahr, von rückwärts überflutet zu werden, da sich die Wassermengen am alten Kinzigdamme stauten und zurückgedrängt wurden. Es wird fieberhaft gearbeitet, um den Fluten einen neuen Abzugsweg zu schaffen.

In Bayern wurde besonders vom Hochwasser betroffen das Notal, wo weite Strecken überschwemmt und zahlreiche Straßen unter Wasser gesetzt worden sind, auch in Anzenkirchen drang die Flut in mehrere Häuser ein. In Kempen im Allgäu wurde das Anwesen eines Verlagsgebäudes unter Wasser gesetzt.

In Sachsen hat der plötzliche Witterungsumschlag mit ununterbrochenem Landregen bewirkt, daß der Wasserstand des Chemnitz-Flusses, dessen Normalwasserstand 0,40 Meter beträgt, auf 2,50 Meter gestiegen ist. In den Niederungen ist die Chemnitz bereits über die Ufer getreten. In Göls sind die Wohnbaracken gefährdet.

Im Oberharz sind große Überschwemmungen eingetreten. Aus Altenau wird gemeldet, daß die Bergflüsse Hochwasser führen. Gewaltige Wassermengen stürzen zutal und führen große Eisstücke mit sich. Oberhalb der Oberförsterei stautete sich das Eis und in kurzer Zeit war die Gegend überschwemmt. Auf der Bahnstrecke nach Goslar ruht der Verkehr. Zwischen Lautenthal und Lindthal ist ein Dambruch durch Wasserunterpflutung entstanden. Infolgedessen konnten bisher die Züge von Goslar den Oberharz nicht erreichen. Der Verkehr wird durch Pendelzüge aufrecht erhalten.

Der Bahnverkehr nach Goslar ist, da die Schutzmauer des Bahnkörpers bedroht wird, sehr erschwert. Ein Mühlenbesitzer erkrankt in den Fluten, da die Brücke, auf der er mit mehreren Personen stand, von dem Strom fortgerissen wurde. Die übrigen Personen konnten sich retten.

Infolge der anhaltenden Regenfälle sind auch im Südharzgebiet die Flüsse stark gestiegen. Sieber, Oder und Borge führen Hochwasser. Aus Balkenried im Südharz wird der Höchstwasserstand seit 1909 gemeldet. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden, um das Vieh in Sicherheit zu bringen. Auch die Wipper führt Hochwasser. Infolge der aus dem Harz kommenden gewaltigen Wassermassen hat auch der Spiegel der Anstrut bereits die Hochwassermarken überschritten.



Unterspülter Eisenbahndamm auf der Strecke Goslar—Clausthal

Durch die plötzlich eintretende Schneeschmelze und durch die andauernden Regengüsse führen auch die vom Thüringer Wald kommenden Flüsse Hochwasser. Der Jharund bei Koburg ist auf weite Strecken überschwemmt worden. Die Ortsverbindungswege sind unpassierbar. Auf der Kleinbahnstrecke Eisfeld—Unterneubrunn ist durch Hochwasser ein Teil des Bahndammes unterspült worden, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte.

Die Gebiete der Mittel- und Oberweser sind in weitem Umkreis überschwemmt. Sollen die Niederschläge weiter an, so besteht ernste Gefahr. Das Elektrizitätswerk Wesertal ist vom Wasser eingeschlossen. Feuerwehr und Reichswehr mußten in der Ortschaft Hameln, der Afferde, Bewohner aus überschwemmten Häusern mit Rähnen herausholen. Bei Halperde können 40 Kraftwagen im Hochwasser nicht weiter. Der untere Teil von Salzhemmendorf ist überschwemmt. Der Ort ist auch vom Bahn- und Postverkehr abgeschnitten. Bei Fachsen mußten viele Kraftwagen aus dem Wasser gezogen und die Wohnungen teilweise geräumt werden. Aus Hannoverisch-Münden wird weiteres Steigen der Weser gemeldet.

## Hochwassergefahr auch in Oesterreich

11. Wien, 6. Jan. Im Gebirge ist starke Schneeschmelze eingetreten. Aus dem Salzkammergut und anderen Bezirken werden heftige Regenfälle gemeldet. Donau und Enns sind bereits aus ihren Ufern getreten. Besonders ernst ist die Lage in der Stadt Steyr, die schon durch die Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen worden ist. Die unteren Vorstädte von Steyr sind überschwemmt. Die Häuserblocke an den Ufern der Enns und Steyr mußten geräumt werden. Oberhalb von Steyr ist ein Holzstapel von 1000 Kubikmeter von den Fluten in Bewegung gesetzt worden. Die Stämme treiben den Fluß herunter und bringen die 27 Brücken der Stadt in höchste Gefahr.

## Aus aller Welt

Schweres Lawineneinbruch

Wie aus Bregenz (Vorarlberg) berichtet wird, wurden am Hochalppass bei Hochkrumbach vier Reichsdeutsche von einer Lawine erfasst und getötet. Die Leichen konnten sämtlich geborgen werden. Die Verunglückten sind Franz Schmidt aus Nürberg, Richard Witte, Peter Knauer und Fr. Nebeler aus Stuttgart.

Großer Sprengstoffdiebstahl

Im Betrieb der Rheinischen Dynamitwerke AG. in Troisdorf verschafften sich nach einer Meldung Berliner Blätter nachts Diebe durch ein Fenster Zutritt zum Sprengkapselager und entwendeten 2000 Sprengkapseln. Man glaubt, daß linksradikale die Täter sind.

Der Magdeburger Rundfunksender gestört

In Magdeburg zerstörte ein heftiger Sturm die Antenne des Magdeburger Rundfunksenders, so daß der Sendebetrieb eingestellt werden mußte.

Grubenunglück bei Deuthen

Auf der Karsten-Zentrumsgrube bei Deuthen erfolgte ein heftiger Gebirgssturz, der in der 774-Meter-Sohle eine Verdrängungsstrecke und zwei benachbarte Abbaufrecken in Mitleidenchaft zog und einen größeren Bruch verursachte, durch den 15 Bergleute abgetrennt wurden. Die sofort unter Mitwirkung der Bergbehörden einsetzenden Rettungsarbeiten konnten nach kurzer Zeit einen Fördermann unverletzt bergen. Etwa 2 Stunden später erfolgte ein zweiter Gebirgssturz, der die Rettungsarbeiten stark gefährdete. Sie gehen nun sehr langsam vorwärts, da das Gebirge immer noch in Bewegung ist. Es wurde inzwischen festgestellt, daß die Streckenbetriebe, in denen die verdrängten Bergleute arbeiteten, vollkommen zerbrochen sind, es ist also keiner der Verdrängten mehr am Leben.

10 Verletzte bei einem Drahtseilbahnunglück

In Lyon riß das Seil einer vollbesetzten Drahtseilbahn in dem Augenblick, als der Wagen sich auf halbem Wege in einem Tunnel befand. Dem Fahrer gelang es zwar, den herabgleitenden Wagen zum Stehen zu bringen, doch wurden die Insassen durch den heftigen Stoß derart durcheinander geworfen, daß zehn von ihnen zum Teil schwere Verletzungen davontrugen. Drei der Verletzten erlitten gefährliche Schnittwunden und mußten in ein Krankenhaus überführt werden.

jetzt  
90 u. 45 Pf.  
Wobum wirkt wie  
es beugt gurgeln  
Erkältungen vor!

# Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

Dieser Tage ist ein Gutachten des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Professor Dr. Popitz, über den „künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ erschienen. Das Gutachten stellt den Versuch einer organischen Reform des bislang rein politisch behandelten Problems des Finanzausgleichs dar. Als das Grundübel der bisherigen Lösungsversuche des Finanzausgleichs wird die von oben nach unten gerichtete Behandlungsmethode bezeichnet. Das Reich suchte zuerst seine Interessen wahrzunehmen und überließ dann den Rest den Ländern und Gemeinden. Und zwar Ländern und Gemeinden in einer Einheit begriffen, die sie in Wahrheit nicht darstellen. Das Gutachten schlägt dagegen vor, von unten anzufangen, erst den Aufgabenkreis und die steuerliche Zuständigkeit der Gemeinden zu regeln und dann den Rest dem Staat zu überlassen.

Für die Regelung der gemeindlichen Verhältnisse wird in erster Linie die Wiederherstellung der Selbstverwaltung verlangt, die sich bei den kleinen und Landgemeinden allerdings erst im Landkreis zu repräsentieren braucht. Zu dem Ende müßte auch ein Wandel in der Stellung des Landrats vorgenommen werden, der heute ein absehbare politischer Beamter ist, was aber mit seiner künftigen Funktion als Leiter eines Selbstverwaltungskörpers nicht verträglich ist. Um der Selbstverwaltung ihre Realität wieder zu geben, die sie in den letzten Jahren mehr und mehr verlor, soll künftig die Regelung aller lokalen Angelegenheiten allein den lokalen Instanzen vorbehalten bleiben. Unter anderem soll auch das gesamte Fürsorgewesen, eingeschlossen Krisenfürsorge und Arbeitslosenversicherung, den Gemeinden unterstellt werden.

Die Auswüchse des gemeindlichen Regiments sollen nicht durch eine Stärkung der Aufsichtsbehörden vermieden werden. Das würde, wie ja gerade die jüngste Zeit beweist, zu einer indirekten Wiederaufhebung der Selbstverwaltung führen. Es sollen vielmehr klare Normen für die Zuständigkeiten der Gemeinden und der Aufsichtsbehörden geschaffen werden, damit das „freie Ermessen“ in möglichst weitem Umfange auf eine Rechtsgrundlage gesetzt wird, da eine solche immer noch fehlt. Das Gegenstück zu diesen Normen bildet ein Gemeindefinanzgesetz, das die steuerliche Höhe der Gemeinden regelt. Neben der Bürgersteuer soll jeder einzelne Bürger noch durch eine Wohnungssteuer erfasst werden. Beide Steuern werden in eine feste Relation zu den Realsteuern gebracht werden, um eine Ueberbesteuerung des freien Einkommens zu verhindern. Die Wohnungssteuer soll beiläufig an die Stelle eines Teiles der abgestellten Hauszinssteuer treten, so daß eine Mehrbelastung von Mieter und Wirt nicht eintritt.

So wird für die unteren Verwaltungskörper eine feste Einnahmegrundlage geschaffen. Einkommens- und Körperschaftsteuer, die beiden konjunkturrempfindlichen Steuerarten, bleiben beide dem Staate vorbehalten. Die Ueberweisungen in der heutigen Form fallen fort. Durch diese Maßnahmen soll auch der Uebelstand beseitigt werden, daß die hohen Ueberweisungen guter Zeiten auf alle Fälle auch ohne zwingenden Grund von den Kommunen verwirft werden. Die Gemeinden benötigen natürlich zur Betreuung des ihnen zugewiesenen erweiterten Aufgabenkreises auch in Zukunft staatlicher Zuschüsse. Die heute schon bestehenden staatlichen Dotationen für Polizei, Schulen und Wegebau sollen bestehen bleiben. Daneben soll eine „Finanzzuweisung“ treten, deren Vorbild man der englischen Staatspraxis entnommen hat. Diese Finanzzuweisung wird einmal nach den großen Klassen der Städte und zum anderen nach der Zahl der selbständigen Berufsbevölkerung berechnet.

# Württembergischer Landtag

Die Gehaltskürzungen in Württemberg und Bayern. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. W. R. W. (V.P.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Aus der Presse ist zu entnehmen, daß Bayern die Bestimmung der Notverordnung, soweit sie Gehaltskürzungen auf 1. Januar betreffen, aus technischen Gründen erst am 1. Februar einführen will. Solche Einzelregelungen bringen in unsere so wieso schon erregte Zeit neue berechtigte Mißstimmung in die betreffenden Kreise der anderen Länder. Ist das Württembergische Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung auf eine einheitliche Regelung der Notverordnungen des Reichs zu dringen?“

Für Verringerung der Zahl der Forstkämter. Der Abg. W. R. W. hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Der Landtag hat am 6. Juni 1931 beschlossen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Erwägung darüber einzutreten und dem Landtag zu berichten, in welchem Umfang eine Verringerung der Zahl der Forstkämter vorgenommen werden kann. Der von der Regierung in Aussicht genommene Abbau einiger Forstkämter erscheint nicht ausreichend. Im Verhältnis zu Baden ist die Zahl der Forstkämter in Württemberg auffallend groß. Daran ändert auch die Auffassung der Forstverwaltung nichts, daß in Württemberg eine bessere Verwaltung der Staatsforsten vorhanden sei. In Württemberg ist der Geschäftskreis einer Reihe Forstkämter so eng begrenzt, daß eine Zusammenlegung möglich ist, ohne daß die Verwaltung der Staatsforsten darunter leiden würde. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, eine weitere Verringerung der Zahl der Forstkämter vorzunehmen?

# Aus Württemberg

Die Holzarbeiter zur Krisenfürsorge zugelassen. Wie Präsident Dr. K. H. A. in einer Sitzung beim Landesarbeitsamt mitteilte, werden die Holzarbeiter mit Wirkung ab 15. Januar 1932 bis 2. April 1932 zur Krisenfürsorge zugelassen. Der Präsident hatte die Vertreter der Staats- und Privatforsten von Württemberg und Baden, sowie die beiden Arbeitnehmerverbände (D.W. und A.F.V.) geladen, um zu den gestellten Anträgen auf Zulassung der Holzarbeiter zur Krisenfürsorge Stellung zu nehmen. Sämtliche Vertreter waren der Auffassung, daß die Voraussetzungen nach § 101 A.B.V.G. für Holzarbeiter gegeben seien. Die Arbeitsmarktfrage werde sich wahrscheinlich eher verschlechtern als bessern. Der Vertreter des A.F.V. hob noch hervor, daß die Holzarbeiter im Südbesitz schon insofern schlechter gestellt seien, als sie in den meisten anderen Landesarbeitsamtsbezirken ohne Ausnahme zu den „Berufsbüchlichen Arbeitslosen“ gezählt würden, während nach dem Gesetz nur die bei Kulturen beschäftigten Waldarbeiter hierunter fallen. Der Präsident gab dann noch bekannt, daß er von dem Recht der Einbeziehung der Holzarbeiter in die Krisenfürsorge Gebrauch machen werde zum nächstmöglichen Termin, der, wie eingangs erwähnt, vom 15. Januar bis 2. April 1932 liegen wird.

Maßnahmen gegen Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser. Das Württ. Wirtschaftsministerium hat dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin eine Reihe von Vorschlägen zur Abänderung bzw. Ergänzung der Gewerbeordnung unterbreitet, die dem mittelständlichen Einzelhandel gegenüber dem immer stärkeren Vordringen der Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser die Lebensbedingungen schaffen sollen, die es ihm ermöglichen, über die gegenwärtige Krisenzeit hinwegzukommen. Es handelt sich um nachstehende Maßnahmen: 1. Vorschriften, die die Bezeichnung als Einheitspreisgeschäft auf solche Geschäfte beschränken, die nur zu ganz wenigen, bestimmten Preisen verkaufen; 2. Vorschriften, die unlautere Machenschaften bei der Anpreisung der Waren verhindern; 3. Vorschriften, die der Verwaltung eine Unter-

agung gegenüber unzulässigen Betrieben und ihren Inhabern ermöglichen; 4. Maßnahmen gegen Warenhäuser; es sollte ernstlich geprüft werden, ob nicht das Vordringen der Warenhäuser und warenhausartigen Unternehmungen, insbesondere in den kleineren Gemeinden, durch besondere gesetzliche Vorschriften erschwert werden soll. Mit den vorstehenden Vorschlägen des Württembergischen Wirtschaftsministeriums hat sich der Württembergische Industrie- und Handelstag in einer Sitzung seines Einzelhandelsausschusses sowie in einer Vertreterkonferenz der Württembergischen Handelskammern eingehend befaßt und zu denselben wie folgt Stellung genommen: Der Einzelhandelsausschuß hat aus der Erwägung heraus, daß sich der mittelständliche Einzelhandel inmitten der derzeitigen außergewöhnlich schweren Wirtschaftskrise in einer ganz besonders gefährdeten, ja existenzbedrohenden Lage befindet, den vorliegenden Vorschlägen des Württembergischen Wirtschaftsministeriums grundsätzlich zugestimmt.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 7. Januar 1932.

## Weihnachtsfeier des Veteranen- und Militärvereins Calw

Alter Ueberlieferung getreu hielt der Veteranen- und Militärverein Calw am Vorabend des Erscheinungsfestes wieder eine Weihnachtsfeier im Bad. Hofe ab. Denn trotz, ja gerade wegen der Notzeit haben die alten Kameraden, so führte Vorstand Reichmann in seiner Begrüßungsansprache aus, das Bedürfnis, wieder einmal Schulter an Schulter beisammen zu sitzen und in gemeinsamer Erinnerung an die für den Frontsoldaten größte Zeit seines Lebens der Alltagsnot zu vergessen. Heute sei in der Welt die Stunde gekommen, in der man sich wieder des Feldsoldaten und seiner Leistungen entsinne. Nach einer eindringlichen Ergründung der Toten des Weltkrieges und der im verflochtenen Jahr verstorbenen Kameraden hieß der Vorstand die erschienenen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, die Vertreter befreundeter Vereine, das Präsidialmitglied des Württ. Kriegerbundes, Bezirksobmann Kächle, und die überaus zahlreich anwesenden Vereinsmitglieder herzlich willkommen. Mit Bedauern vermerkte er ferner, daß infolge Erkrankung zwei treue Kameraden das Präsidialmitglied des Bundes, Dekan a. D. Zeller und Käserobermeister Schab, an der Teilnahme verhindert seien. Die Veranstaltungen des Militär- und Veteranenvereins verbürgen immer eine vortreffliche Unterhaltung; auch heuer wieder bestritten Freunde und Mitglieder des Vereins ein vielseitiges Programm, welches dank der freudigen Eingabe aller Mitwirkenden großen Anklang fand. Die Calwer Stadtkapelle wartete unter Leitung von Musikdirektor Frank mit ausgezeichneten Orchesterdarbietungen auf. Unter gleicher Führung sang der stattliche Männerchor volkstümliche Lieder von Wengert, Wohlgenuth und Krömer. Ein von Jugendturnwart Gehring sein inszeniertes Kinderfahnenfest fand freudigen Beifall. Mit reichlichen Biegeln belohnt verließen die munteren kleinen Buben den Schauplatz ihres Wirkens. In einem Tiroler- und einem Wasserreigen, einstudiert von Turnwart Balz, zeigten dann die Mädchen ihr amutiges Können, und schließlich ernteten sechs junge Damen mit dem flotten Reigenstück „Die lustigen Sechsk“ stürmischen Applaus. Vorstand Reichmann überraschte die Mitwirkenden, die durchweg ihre Darbietungen wiederholen mußten, mit einer wohlverdienten süßen Gabe. Mit besonders starkem Beifall wurden vier eindrucksvoll gestellte „lebende Bilder“ begrüßt. Sie hatten eine Schühengrabenszene (Postempfang am Weihnachtsabend), das Harren der Angehörigen in der Heimat auf Nachricht aus dem Felde, die Kraft der einigen Verbundenheit aller Volksstände, und eine Darstellung der Arbeit und Erfolge des Vereins zum Vortrage. Die Bilder waren mit großer Liebe und Sorgfalt ausgestaltet und boten einen

UM  
**KAMPF OMEGA**  
Roman von Kurt Martin Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.  
(Nachdruck verboten) 79

Sie klammerte entsetzt die Hände um seinen Arm. „Rein, lassen Sie ihn nicht zu mir! Retten Sie mich vor ihm!“  
„Jah kam ihr das Erinnern.“ „Wo ist Karlheinz?“ — Er kam doch im Auto! Er folgte mir ja im Auto!“ Sie schüttelte. „Oh, unser Wagen ist verunglückt. — Aber Karlheinz — wo ist Karlheinz?“  
„Er ist hier.“  
Sie gab des Arztes Arm frei und richtete sich hastig auf. Und da sah sie ihn. Ihre Augen strahlten hellstes Glück. Sie jubelte: „Lieber Karlheinz!“  
Er war bei ihr und schlug den Arm innig um ihre Schultern. „Nicht aufregen, Ruth! Ich bin bei dir und weiche nicht mehr von dir!“  
Sie bettelte. „Du darfst den Japaner nicht zu mir lassen, Karlheinz, bitte, bitte!“  
„Er wird nicht kommen, Ruth.“  
„Ja, er ist verwundet.“  
„Ja, er ist verwundet. Er ist schwer verwundet.“  
„Flehend sah sie ihm in die Augen.“ „Sage mir die volle Wahrheit, Karlheinz! Ist er tot?“  
„Er nicht leis.“  
Ruth sank mit erstem Aufatmen an seine Brust. „Dann wird er mich nicht mehr von dir reißen können! — Ja, nun darf ich ohne Sorgen sein. — Karlheinz, jetzt will ich aber nie mehr von dir getrennt werden!“  
Ruth schrie ihr über das Haar. „Nein, Ruth, jetzt bleiben wir beisammen. Ich will jetzt immer meine Ruth behüten und beschützen.“  
„Ja, immer, Karlheinz!“ Sie schloß müde die Augen und fiel an des geliebten Mannes Brust in einen ruhigen, erquickenden Schlaf.  
Sanft bettete Karlheinz mit des Arztes Hilfe Ruth auf das Lager. Dann schied der Arzt. Karlheinz aber trug einen Stuhl herbei und setzte sich an Ruths Seite. Ein freudvolles Singen und Klängen war in seiner Brust.

18.  
Professor Klüber schritt unruhig in seinem Arbeitszimmer auf und ab.  
Bert Ibenstein saß neben dem Schreibtisch in einem Klubsessel und blies grübelnd den Rauch seiner Zigarette vor sich hin.  
„Lautroit hatte gemeint, er hätte die echten Aufzeichnungen über „Omega“ in Besitz, und es war eine Fälschung. Salenzycia schwor darauf, die echten Geheimpapiere sich ergaunert zu haben, und es sind Fälschungen. — Wo sind nun die wirklichen, tatsächlichen Aufzeichnungen über „Omega“ hingewandert?“  
Klüber hob in Abwehr die Arme. „Ich will nicht mehr denken! Man wird verrückt! — Und was wollen Sie? — Erst meine Tochter, dann die Papiere! — Hatte Erling Erfolg, hatte er keinen? — War er überhaupt noch in Wladimiroff, als das Telegramm kam? — Wo ist Ruth? — Das sage ich Ihnen, Ibenstein: Findet Erling meine Tochter nicht, dann reise ich selbst nach Japan. Mein ganzes Vermögen will ich daran wenden, Ruth wiederzufinden! Ich werde keine Ruhe haben, solange ich nicht weiß, daß Ruth aus dem Zwang dieses Menschen befreit ist!“  
Die Tür ging auf. Klaus trat mit Hilbe über die Schwelle. „Vater, ich war eben bei Hilbes Mutter. Hilbe hat mich hierher begleitet. Sie ist voll Sorge um Ruth, und sie kam zur rechten Stunde mit mir.“  
Der Professor fragte rasch: „Was heißt das? Ist Nachricht da von Erling?“  
Jetzt zog Klaus ein Telegramm hervor. „Ja. Eben als das Haus betraten, brachte der Bote das Telegramm.“  
Klübers Hände zitterten. „Hast du es gelesen, Klaus?“  
„Ich habe es gelesen, ja! Es steht gut, Vater.“  
Klüber hob die Hand. „Gib.“  
Mit unsicherer Stimme las er vor: „Habe Ruth gefunden. Sie ist gesund und hat mich lieb. Erbiete Heiratspapiere für Ruth. Wir wollen uns hier trauen lassen. Karlheinz Erling, Wladimiroff, Hotel Europa.“  
Bert Ibenstein rief in heller Freude: „Geglückt! — Jetzt bin ich zufrieden!“  
Klübers Gestalt schien zu wachsen. Seine Augen schauten voll neuen Hoffens den Sohn und Hilbe an. „Ruth ist gesund! Sie ist gefunden, Erling kam nicht zu spät! — Er

— ja, sie soll sein Weib werden. — Wenn er nicht gewesen wäre...!“ Er streckte Bert Ibenstein beide Hände entgegen. „Und wenn wir Sie nicht gehabt hätten, lieber Ibenstein! Sie sind es, der uns auf Ruths Spur brachte!“  
Der aber wehrte. „Wir wollen Fodor Galjonevski nicht vergessen, Herr Professor! Er hat uns den Weg gezeigt.“  
Klüber nickte ernst. „Ja — Ibenstein, schätzen wir ihn und — seine Gattin!“  
„Es wird geschehen. Ich habe mir bereits einen Plan zurechtgelegt.“  
Klüber schaute voll Freude auf Klaus und Hilbe. „Jetzt dürft auch ihr euch ungetrübt eures Glückes freuen. Ihr zwei Weiß Gott, ihr habt es redlich verdient, daß jetzt die Sonne für euch aufgeht.“  
Bert Ibenstein meinte zögernd: „Ja — einiges ist mir geglückt. Ich habe jetzt viele Fäden geordnet. — Aber ich darf noch nicht zufrieden sein! — Wo sind die Aufzeichnungen?“  
Der Professor schien jetzt plötzlich wieder regstes Interesse an seinen Aufzeichnungen zu finden. „Ibenstein, bringen Sie mir diese vermissten Papiere herbei! Das ist das Beste, was mir zu meinem Glück fehlt.“  
Klaus forschte: „Und weshalb wünschst du jetzt so dringend die Papiere herbei, Vater? — Soll diese Entdeckung neues Leid heraufbeschwören? Soll der Kampf von neuem anheben?“  
Klüber wehrte. „Nein! „Omega“ hat mir und euch Leids genug gebracht. Wenn es schon jetzt solch schlimmen Kampf entfachte, was sollte erst werden, wenn es eines Tages in der Hand eines ganzen Volkes gegen ein anderes ausgespielt würde! Klaus, du hastest von Anfang an recht: Es war eine unglückliche Erfindung! — Jetzt bin ich belehrt. — Und wenn ich die Aufzeichnungen über „Omega“ herbeiwünsche, dann jetzt nur deshalb...“  
Klaus jubelte. „Um die Gewißheit zu haben, daß das Geheimnis über „Omega“ keinem fremden Auge offenbar wurde.“  
„Ja, Klaus, und — um sie selbst zu vernichten. Niemand soll je das Geheimnis meiner Forschung erfahren.“  
Klaus Klüber presste des Vaters Rechte. „Das ist die größte Freude, die du mir bereiten kannst. — Jetzt will ich sprechen!“  
(Schluß folgt.)

